

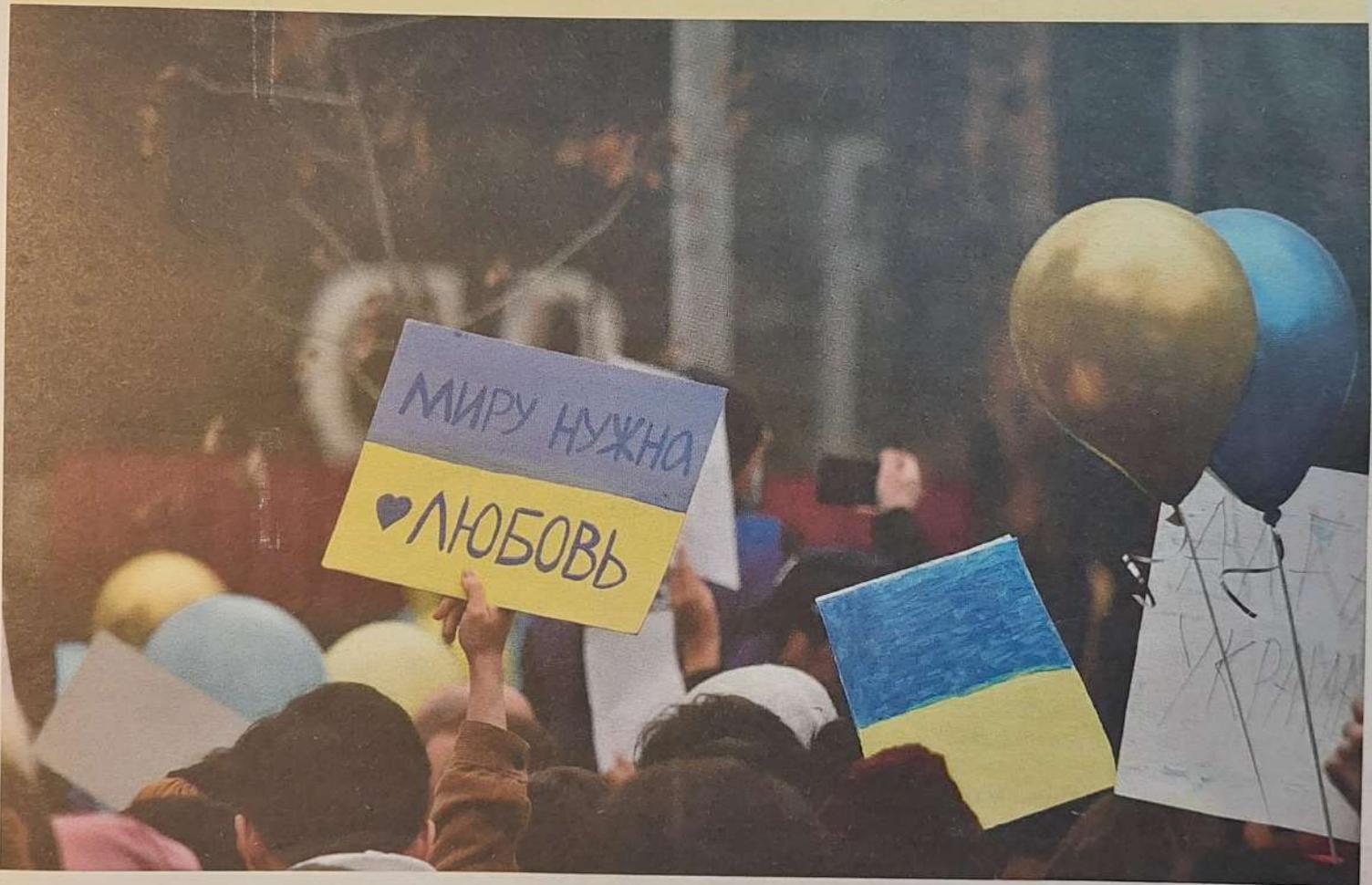
RELIGION & GESELLSCHAFT

RGOW 7/2022
50. Jahrgang

IN OST UND WEST

Krieg gegen die Ukraine

Widerstand, Terror, Auswirkungen auf Nachbarn



Tatiana Zhurzhenko:
Terror, Kollaboration
und Widerstand unter
der russischen Okkupation

Andriy Fert:
Neue Handlungsspielräume
in der Ukrainischen
Orthodoxen Kirche

Andrej Grischin:
Zwischen Skylla und
Charybdis: Kasachstan
und der Ukraine-Krieg

Georgiy Kasianov

Neuvermessung des öffentlichen Raums: Ukrainische Geschichtspolitik

Die offizielle Erinnerungspolitik der Ukraine konzentriert sich seit 2014 vor allem auf eine „Dekommunisierung“ des öffentlichen Raums. Befördert wird diese von der russischen Aggression und nationalistischen Akteuren. Aufgrund ihres zum Teil repressiven Charakters ist die Dekommunisierung innerukrainisch jedoch umstritten geblieben.

Die Revolution der Würde 2013/2014, die Annexion der Krim und die verdeckte Invasion Russlands im Donbass haben auch die Geschichtspolitik der Ukraine bedeutend verändert. Bis 2014 war die Geschichtspolitik vom Widerstreit zwischen nationalen

Georgiy Kasianov, Dr., Professor für neueste Geschichte und Politik an der Maria Curie-Skłodowska Universität in Lublin, Polen.

bzw. nationalistischen und sowjetisch-nostalgischen Erinnerungsnarrativen geprägt.¹ Das nationale Narrativ stellt die Geschichte der Ukraine vor allem als Geschichte des ukrainischen

Volks dar, das seit Jahrhunderten für nationale Selbstbestimmung und Staatlichkeit kämpft. Eine extreme Form dieser Geschichtsversion ist das nationalistische Narrativ, das die ukrainische nationalistische Bewegung der 1920er bis 1950er Jahre als Höhepunkt des jahrhundertealten Kampfs der Ukrainer für nationale Selbstbestimmung sieht. Im Zentrum stehen dabei die *Organisation Ukrainischer Nationalisten* (OUN) und die *Ukrainische Aufstandssarmee* (UPA). Regional gesehen dominierte das nationalistische Narrativ in der Westukraine, vor allem in Galizien. Wie das nationale stellt es die sowjetische Periode der Ukraine als Rückschlag, als Bruch in der Entwicklung der ukrainischen Nation, als historische Sackgasse, als Epoche der Versklavung durch die Kommunisten, eine Zeit des Leidens, der Repressionen, des Terrors und der kulturellen Assimilation dar.

Das sowjetisch-nostalgische Narrativ betrachtet die sowjetische Periode dagegen als Blütezeit der ukrainischen Wirtschaft, Kultur und des nationalen Selbstbewusstseins. Dabei wird vor allem die Vielfalt ethnischer Gruppen innerhalb der ukrainischen Nation betont, und dass das heutige Territorium der Ukraine in der Sowjetunion festgelegt wurde und sich die Ukraine als Teil der UdSSR zu einer mächtigen Industrierepublik entwickelt habe. Die dunklen Seiten der sowjetischen Periode werden hingegen ignoriert oder sogar gerechtfertigt.

„Dekommunisierung“ und ihre Akteure

2015 verabschiedete das ukrainische Parlament ein Gesetzespaket zur sog. „Dekommunisierung“.² Eines der Gesetze änderte die Bezeichnung des aus Sowjetzeiten übernommenen „Tag des Sieges über den Faschismus im Großen Vaterländischen Krieg“ zu

„Tag des Sieges über den Nazismus im Zweiten Weltkrieg“. Dem „sowjetischen“ Feiertag am 9. Mai wurde ein zweites am 8. Mai als Tag der Erinnerung und der Versöhnung hinzugefügt. Damit wollte man sowohl den ideologischen Inhalt verändern als auch den sowjetischen Bezug loswerden.

Ein weiteres Gesetz garantierte den Zugang zu den Archiven der „repressiven Organe des kommunistischen Regimes“, u. a. den Sicherheitsdiensten der Ukraine (SBU, früher KGB), der Staatsanwaltschaft und dem Innenministerium. Die Dokumente aller repressiver Organe von 1917 bis 1991 sollten in ein neu zu schaffendes *Archiv für Nationale Erinnerung* überführt werden. Formal erhielt jeder Bürger Zugang zu den Archivadokumenten dieser Institutionen. In der Praxis ist dies nur im Archiv des SBU möglich und auch nur beschränkt – der Lesesaal war zu klein, und es gab zu wenig Personal. Die Suche nach einem Ort für das Archiv des nationalen Gedächtnisses zog sich über Jahre hin und das nun dafür bestimmte Gebäude ist noch immer unzugänglich.³

Ein weiteres zentrales Gesetz verbietet unter Strafandrohung die Verwendung kommunistischer und nazistischer Symbolik. Da die Verwendung nazistischer Symbolik bereits zuvor verboten war, richtete sich das Gesetz vor allem gegen kommunistische Symbolik, deren Beschreibung fast 80 Prozent des Gesetzestextes ausmacht. Die nazistische Symbolik bezieht sich auf die Symbole der NSDAP und die Staatssymbole des Dritten Reiches. Nicht verboten wurde die Symbolik der militärischen Abteilungen der SS, und es ist auch klar warum: in Galizien wird unter Teilnahme der lokalen Selbstverwaltung die Erinnerung an die ukrainische Division der SS „Galizien“ kultiviert.

Das zweite zentrale Gesetz umfasst eine Liste von Organisationen, deren Mitglieder den offiziellen Status von Kämpfern für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert erhielten. Dazu gehörten die OUN, die UPA und ihnen nahestehende Organisationen. Das Gesetz verbietet die öffentliche Geringschätzung von Kämpfern für die Unabhängigkeit.⁴

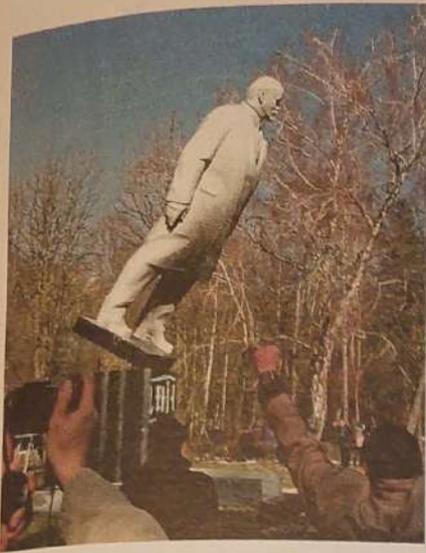
Neben der russischen Aggression spielte eine Koalition unterschiedlicher politische Kräfte eine entscheidende Rolle bei der Ausrichtung der Geschichtspolitik seit 2014. Populisten, Rechtskonservative und Zentristen, Nationaldemokraten und Nationalisten bildeten im Herbst 2014 eine parlamentarische

1) Vgl. Kasianov, Georgiy: Geschichtspolitik in der Ukraine. In: RGOW 41, 1 (2013), S. 16–19.

2) Vgl. Portnov, Andrij: „Dekommunisierung“: Die neuen Geschichtsgesetze der Ukraine. In: RGOW 43, 8 (2015), S. 17–19.

3) <https://www.s.ua/ru/obshchestvo/dostup-k-arkhyvu-ynstytatnatspamiaty-zablokyrovan-kakaia-prychyna-y-pry-chem-zdes-denhy-yz-biudzheta-254688.html>.

4) <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/317-19#Text>; zakon.rada.gov.ua/laws/show/314-19#Text; zakon.rada.gov.ua/laws/show/315-19#Text; zakon1.rada.gov.ua/laws/show/316-19.



2014 wurde Lenin auch in Chmelnytskyj gestürzt.

Foto: Volodymyr D-k (Wikimedia Commons)

Koalition, die die Dekommunierungs-Gesetze vom Frühling 2015 vorbereitete. Die unterschiedlichen politischen Gruppierungen sahen sich teilweise in der Nachfolge der OUN. Sowohl die Partei *Kongress ukrainischer Nationalisten* (KUN), die Jugendorganisation *Junger nationalistischer Kongress* (MNK) und das *Forschungszentrum der Befreiungsbewegung* (ZIOD) beriefen sich auf das ideelle Erbe der OUN.⁵ Alle diese Organisationen übten vor allem in der Westukraine Einfluss aus.

2015 wurde ein Vertreter des ZIOD, Volodymyr Vjatrovytsch, zum Leiter des *Ukrainischen Instituts für Nationale Erinnerung* (UINP) ernannt, des zentralen Regierungsorgans, das für die Formierung der staatlichen Geschichtspolitik zuständig ist. Die gesamte obere Leitung des Instituts bestand aus Vertretern des ZIOD und des MNK, aus denselben Kreisen stammte auch der Archivdirektor des SBU und der Direktor des *Archivs für Nationale Erinnerung*. Diese Gruppe bereitete mit Hilfe von Juristen die Dekommunierungs-Gesetze vor und lobbyierte für sie. Es handelte sich um eine typische Top-Down-Politik.

Ambivalente Reaktionen auf Dekommunisierung

Mit der Umsetzung dieser Gesetze kam es zu einer Verdrängung des sowjetnostalgischen Narrativs aus dem öffentlichen Raum und zu einer intensiven Förderung des nationalistischen Narrativs. Die Aktivität der *Kommunistischen Partei* der Ukraine wurde 2015 verboten, da einige ihrer Vertreter an der Organisation separatistischer Bestrebungen im Donbass teilgenommen hatten. Die Partei existiert noch, doch kann sie sich nicht an Wahlen beteiligen. Die mit den Kommunisten verbündete *Partei der Regionen*, die Viktor Janukovytsch an die Macht gebracht hatte, hat sich aufgespalten und ihren politischen Einfluss eingebüßt. Damit verlor das sowjetnostalgische Narrativ seine institutionelle politische Unterstützung.

Von 2015 bis 2019 wurden 1006 Ortschaften umbenannt sowie ca. 52 000 topographische Objekte (Straßen, Plätze), 26 administrative Bezirke, 33 Bahnhöfe, zwei Meereshäfen und 75 Lehrinstitute. 2 400 Denkmäler für sowjetische Akteure wurden demontiert oder zerstört.⁶ Die symbolische Säuberung des öffentlichen Raums wirkt auf den ersten Blick demokratisch:

In den lokalen Selbstverwaltungen wurden gesellschaftlich Kommissionen gebildet, an denen auch Historiker:innen mitwirkten, und anhand von deren Vorschlägen wurden gesellschaftliche Umfragen durchgeführt. An manchen Orten funktioniert dieses Vorgehen, an anderen wurde es imitiert, doch wurde in jedem Fall ein Umbenennungsvorschlag nur angenommen, wenn ihn das UINP guthieß. Zu den bekanntesten Fällen gehört die Umbenennung der Stadt Kirovohrad: Bei einem lokalen Referendum sprach sich die Mehrheit der Bewohner für die Rückkehr zum historischen Namen Jelysavethrad zu Ehren der russischen Zarin aus. Diese Variante war aber für das UINP unannehmbar und auf andere Namen konnten sich die Bewohner nicht einigen. Auf Vorschlag des UINP benannte das Parlament die Stadt schließlich in Kropyvnytskyj um, zu Ehren eines ukrainischen Schriftstellers des 19. Jahrhunderts.⁷ Ein anderes Beispiel ist die Stadt Komsomolsk, die als Satellitenstadt eines großen Bergbaukombinats Anfang der 1960er Jahre entstanden war. Die Bitten der Bewohner, den historischen Namen zu behalten, wurden ignoriert, die Stadt erhielt den Namen Horischni Plavni, nach dem Namen eines nahegelegenen Weilers.

Soziologische Umfragen zeigten drei Tendenzen bei der Reaktion auf die Dekommunisierung des öffentlichen Raums: ein bedeutender Teil der Bevölkerung betrachtete die diesbezüglichen Aktionen der Regierung kritisch, es gab starke regionale Spaltungen in Bezug auf diese Politik sowie eine sinkende Befürwortung dieser Politik. Im Herbst 2015 beurteilten 52 Prozent der Befragten eine Verurteilung des kommunistischen Regimes und ein Verbot seiner Symbolik positiv, 23 Prozent waren dagegen; Schwierigkeiten oder Gleichgültigkeit gegenüber der Frage äußerten 25 Prozent. Insgesamt verhielt sich somit fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) zu Beginn der Dekommunisierung entweder gleichgültig oder negativ dazu, aber im Lauf von deren Umsetzung wuchs sie zu einer Mehrheit heran (65 Prozent im Jahr 2020).⁸

Die Umfragen zeigten zudem deutliche regionale Unterschiede auf: In der Westukraine, in der die Entfernung sowjetischer Symbole bereits Anfang der 1990er Jahre stattgefunden hatte, war die Befürwortung der Dekommunisierung am stärksten, in den anderen Regionen zeigte sich ein völlig anderes Bild. In der Zentralukraine gab es etwa gleichviele Befürworter wie Gegner, in der Süd- und Ostukraine blieben die Befürworter stets in der Minderheit. Das kühle Verhältnis zur Dekommunisierung lässt sich u. a. mit dem repressiven Charakter dieser Politik erklären. Die Verbreitung kommunistischer Symbolik und Propaganda wurde oft willkürlich definiert, wobei auch verfassungsmäßige Freiheiten verletzt und außergewöhnlich harte Urteile gefällt wurden. Darauf hat sowohl die Venedig-Kommission als auch die Charkiver Menschenrechtsgruppe hingewiesen.⁹ Die Kriminalisierung der öffentlichen Verwendung kommunistischer Symbolik (von der nazistischen wurde selten gesprochen) und das niedrige Niveau der Rechtskultur des Justizsystems führten zu zweifelhaften Gerichtsprozessen.

5) Lypovetskyj, Sjtatoslav: *Orhanizatsija Ukrain's'kykh Natsionalistiv (banderivtsi). Frahmenty dial'nosti ta borot'by*. Kyiv 2010, S. 84.
6) <https://uinp.gov.ua/dekomunizacija-ta-reabilitacija/dekomunizacija>.

7) Chornyj Oleksandr: *Dekomunizatsiya, Yevlisavethrad i zahroza national'nyy bezpetsi*. In: Misto: Istorija, Kul'tura, Suspil'stvo 1 (2017), S. 207–225.
8) Umfragedaten nach: Razumkov Centre, Rating Group, Instytut Studiów Politycznych, Democratic Initiatives Foundation.
9) [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD\(2015\)041-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD(2015)041-e); <http://khpg.org/1430493970>.

Der erste Prozess 2017 wurde zu einer politischen Farce: Das Bezirksgericht in Lviv verurteilte einen Studenten aufgrund der Verbreitung von Lenin-Zitaten auf Facebook zu drei Jahren bedingter Freiheitsbeschränkung. Auf der Liste der Beweisstücke fand sich auch „Das Kapital“ von Karl Marx, das das Gericht als „Lehrbuch“ bezeichnete. In der Oblast Cherson wurde 2020 eine Rentnerin verurteilt, weil sie Porträts von Lenin und Leonid Breschnev in soziale Netzwerke gestellt hatte. In Kryvyj Rih wurde ein lokaler Arbeitsloser vom noch nicht unbenannten „Dzerzhinskij-Bezirksgericht“ (!) zu einem Jahr Probezeit verurteilt, da er beim Putzen der Fenster eines Einkaufszentrums ein T-Shirt mit dem UdSSR-Logo getragen hatte. Zwischen 2016 und 2020 wurden in der Ukraine 120 solcher Fälle eröffnet.¹⁰ Auf Empfehlung der Venedig-Kommission haben Parlamentsabgeordnete 2016 Anpassungen am Gesetz vorbereitet, insbesondere eine Dekriminalisierung, doch wurden diese Veränderungen nicht angenommen.

Nationalistisches Geschichtsnarrativ

Die Verdrängung des sowjetnostalgischen Narrativs aus dem öffentlichen Raum war von einer intensiven Förderung des nationalistischen Geschichtsnarrativs begleitet. Veränderungen im Gesetz über die Rehabilitation der Opfer politischer Repressionen und im Gesetz über den Status von Kriegsveteranen erlaubten es, die Veteranen der OUN und der UPA von allen möglichen Beschuldigungen für Kriegsverbrechen zu befreien und den rechtlichen Anspruch dieser Veteranen auf soziale Güter mit demjenigen der Veteranen des Zweiten Weltkriegs gleichzusetzen.

In den Schulbüchern wurde das Bild der OUN und der UPA als hingebungsvolle Kämpfer für die Unabhängigkeit befördert. Die dunklen Seiten der Vergangenheit dieser Organisationen – Massensterben an der polnischen Zivilbevölkerung, Teilnahme an der Judenvernichtung, Morde an der ukrainischen Zivilbevölkerung, welche die sowjetische Regierung unterstützte – werden entweder verschwiegen oder gar gerechtfertigt. Dieser Zugang findet sich auch in den offiziellen Repräsentationen zur Geschichte der OUN und der UPA. Auf der Website des UINP beispielsweise wurde die UPA anlässlich der 75-Jahrfeier ihrer Gründung als Kraft dargestellt, die sowohl gegen den deutschen Nazismus als auch gegen den sowjetischen Totalitarismus gekämpft habe; der Partisanenkrieg gegen die Polen blieb dagegen unerwähnt. Später wurden Informationen hinzugefügt, doch wurde der ukrainisch-polnische Konflikt als „ukrainisch-polnischer Krieg“ dargestellt, was eine Relativierung der Morde an der polnischen Zivilbevölkerung zwischen 1943 und 1947 erlaubte.

Die Förderung des nationalistischen Narrativs geschah auch durch Umbenennungen. Mit den Namen Banderas und dem Hauptkommandanten der UPA, Roman Schuchevytsch, wurden Straßen in dutzenden Städten der Zentralukraine benannt. In Kyjiw zum Beispiel heißt der ehemalige „Moskovskij prospekt“ jetzt „Prospekt Stepana Bandery“, und der „Vatutyn-Prospekt“, benannt nach einem sowjetischen Armeegeneral, der 1944 von Bandera-Anhängern ermordet worden war, heißt jetzt „Schuchevytsch-Prospekt“.

2018 wurde der „Marsch der OUN“ von 1932 zum offiziellen Marsch der ukrainischen Armee. Im selben Jahr beschloss eine

Reihe städtischer und lokaler Räte in der Westukraine, an Feier- und Gedächtnistagen die schwarz-rote Flagge der OUN neben der ukrainischen Staatsflagge zu hissen. In den folgenden Jahren wurden solche Beschlüsse auf Initiative der Partei „Freiheit“ auch von den lokalen Räten der Oblaste Zhytomyr, Chmelnytskyj und Charkiv gefasst. Am 1. Januar findet in Kyjiw jährlich der bereits traditionell gewordene Fackelmarsch der Nationalisten zu Ehren der Geburt Banderas statt. Solche Märsche gibt es auch in anderen Städten.

Reaktion auf russische Aggression

Die Förderung des nationalistischen Erinnerungsnarrativs war größtenteils eine Reaktion auf die Aggression Russlands, insofern sich historisch gerade die ukrainischen Nationalisten als radikal antirussische Kraft präsentierten. Die russische Regierungselite wiederum nutzte diese Förderung des nationalistischen Narrativs zur Propagandakonstruktion einer „von Nazisten okkupierten“ Ukraine. Diesen Mythos nutzte sie zur Begründung des Angriffs auf die Ukraine.

Dass dieser Mythos nicht der Realität entspricht, zeigt ein erneuter Blick auf Umfragen. 2013 waren 27 Prozent der Befragten positiv gegenüber einer Anerkennung der OUN und der UPA als Kämpfer für die Unabhängigkeit eingestellt, 52 Prozent negativ, 20 Prozent konnten die Frage nicht beantworten. 2015, nach der Annexion der Krim und dem Ausbruch des Kriegs im Donbass, begrüßten dies 41 Prozent der Befragten, 38 Prozent waren dagegen, 21 Prozent unentschieden. 2021 befürworteten 46 Prozent der Befragten die Anerkennung der OUN und der UPA als Unabhängigkeitskämpfer, 29 Prozent waren dagegen, 25 Prozent blieben neutral. Sogar nach der Annahme des Gesetzes, das zur Hochachtung dieser Organisationen verpflichtet, erreichte der Anteil der Befürworter nicht einmal die Hälfte der Befragten.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die durch die russische Armee angerichteten Zerstörungen werden die antirussischen Stimmungen in der ukrainischen Gesellschaft verstärken. Zurzeit ist eine Politik der weiteren Dekommunisierung zu beobachten, die neuerdings als Dekolonialisierung bezeichnet wird, d. h. als Ablehnung des gesamten russischen imperialen Erbes durch ein Verbot russischsprachigen Unterrichts, den Ausschluss russischer Literatur aus dem Lehrplan für ausländische Literatur und neue Umbenennungen.

Der entscheidendste „Dekommunikator“ ist jedoch Putin selbst. Er hat begonnen, die zu Sowjetzeiten etablierten politischen Grenzen der Ukraine zu revidieren, und unter seinem Kommando vernichtet die russische Armee sowjetische Industrieobjekte auf dem Gebiet der Ukraine. Die russische Armee führt zudem ihre zerstörerischsten Aktionen in den Gebieten aus, wo die Bevölkerungsmehrheit bisher sowohl der Dekommunisierung als auch der Förderung des nationalistischen Narrativs ablehnend gegenüberstand.

Übersetzung aus dem Russischen: Regula Zwahlen.

Der Beitrag wurde im Rahmen eines Projekts verfasst, das von der Nationalen Agentur für akademischen Austausch des Ministeriums für Hochschulbildung und Wissenschaft Polens (NAWA) finanziert wird.

10) <https://www.unn.com.ua/uk/news/1850314-v-ukrayini-za-pyat-rokiv-mayzhe-120-provadzhen-cherez-totalitarnu-simvoliku>.